

Jahresbericht 2010

**Beratungsstelle
Rheinisch-Bergischer Kreis**



Anschrift:

Höhestr. 56, 51399 Burscheid
Tel. 02174/768315
Fax 02174/768317

Außenstelle

Hauptstr. 310, 51465 Berg. Gladbach
Tel. 02202/108613

E-Mail: burscheid@profamilia.de
Internet: www.profamilia.de/burscheid

Anmeldezeiten:

Mo, Mi, Fr 9 – 14 Uhr
Mi 15 – 18 Uhr

Offene Sprechstunde Burscheid

Mi 15 – 18 Uhr

Terminvereinbarung Sexualpädagogik

Mi 15 – 16 Uhr

SPENDENKONTO: KREISSPARKASSE KÖLN – KONTO 381 105 501 – BLZ 370 502 99

Die Beratungsstelle

Die Beratungsstelle der pro familia im Rheinisch - Bergischen Kreis ist anerkannt nach dem Schwangeren- und Familienhilfegesetz (SFHG). Die Grundlage unserer Arbeit sind der § 2 sowie die §§ 5 und 6 SFHG. Diese Paragraphen beinhalten Beratungen rund um Schwangerschaft und Geburt, Familienplanung und Sexualität, sexualpädagogische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen sowie die Beratung im Schwangerschaftskonflikt nach § 219 StGB.

Das Team

Wir arbeiten in einem interdisziplinären Team bestehend aus einer Sozialarbeiterin, einer Psychologin, einer Ärztin, einem Sexualpädagogen und einer Beratungsstellenassistentin.



Von links: F. Bottinga, A. Knab, A. Plücker, J. Kuck, C. Eickhoff

Angela Plücker, Leiterin, Sozialarbeiterin
(22 Std./Wo.)

Andrea Knab, Erstkontakt u. Verwaltung
(20 Std./Wo.)

Floris Bottinga, Sexualpädagoge
(14 Std./Wo.)

Catarina Eickhoff, Dipl. Psychologin
(10 Std./Wo.)

Jutta Kuck, Ärztin
(9 Std./Wo.)

Aufgrund unserer unterschiedlichen fachlichen Kompetenzen haben wir die Möglichkeit,

multiprofessionell zu arbeiten und einen kontinuierlichen Informationsaustausch zwischen den einzelnen Berufsgruppen durchzuführen.

Dank

Danken möchten wir allen denen, die die Arbeit unserer Beratungsstelle persönlich, fachlich, politisch und finanziell unterstützt haben. Besonders gilt dieser Dank der Stadt Burscheid für die Unterstützung bei unserem 10jährigen Jubiläum, dem Kreis für die finanzielle Unterstützung – auch der sexualpädagogischen Arbeit, der Kreis-sparkasse Köln für die Zuwendungen aus den Stiftungen Burscheid und Leichlingen, der Rechtsanwältin Frau Torabian für ihre fachliche Unterstützung und Frau Hubrich-Vogel für die Verschönerung unserer Beratungsstelle durch ihre Bilder.

Besonderes aus 2010

2010 gab es die pro familia Beratungsstelle seit 10 Jahren im Rheinisch-Bergischen Kreis. Dank der Stadt Burscheid konnten wir unser **10jähriges Jubiläum** im Juli im Sitzungssaal des Rathauses in sehr angemessenem Rahmen feiern. Über die Würdigung unserer Arbeit durch den Landrat Herrn Menzel, den Burscheider Bürgermeister Herrn Caplan, unsere Landesvorsitzende Frau Hürten und über alle Gäste aus Politik, Verwaltung und der sozialen Landschaft haben wir uns sehr gefreut. Bei 40°C sind wir alle dahin geschmolzen!

Durch gute Zusammenarbeit mit der Gleichstellungsbeauftragten Frau Wendt können wir seit September einmal im Monat eine **Sprechstunde in Rösrath** in ihren Räumen durchführen, was aufgrund der weiten Wege im Kreis ein gutes Angebot für die BürgerInnen vor Ort bedeutet.

Dank der Mittel, die der Kreis über das erste Jahr hinaus für die **Bezuschussung von verschreibungspflichtigen Verhütungsmitteln** zur Verfügung gestellt hat, konnten wir für bedürftige

Frauen ihrer Situation entsprechend sinnvolle Anträge aufnehmen und mit Beratung begleiten.

Die zum 1.1.2011 anstehende Gesetzesänderung zum Elterngeld hat zu schriftlichem und persönlichem Kontakt unserer Sozialarbeiterin mit den Bundestagsabgeordneten des RBK geführt, um wichtige Aspekte aus unserer Beratungserfahrung einzubringen.

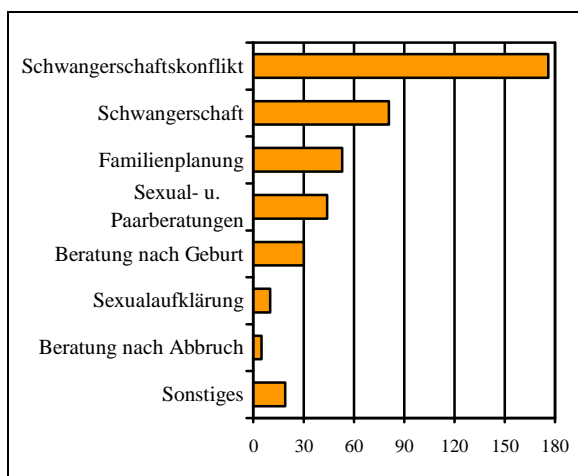
Statistik 2010

Nach einem durch Elternzeit unserer Psychologin bedingten Rückgang der Beratungszahlen in 2009 konnte 2010 an die kontinuierlichen jährlichen Anstiege der Vorjahre angeknüpft werden.

Die Zunahme der Beratungszahlen ist zurückzuführen auf mehr Anfragen im Bereich Familienplanungsberatung (sowohl Verhütungs- als auch Kinderwunschberatung), Paar- und Sexualberatung und Schwangerschaftskonfliktberatungen, während die Anfragen zu psychosozialer Schwangerenberatung und Beratung nach Geburt im Niveau der Vorjahre lagen.

Die Gesamtzahl von 616 Beratungen verteilte sich auf 418 Fälle. Ein Viertel der Ratsuchenden hatte einen Migrationshintergrund.

Beratungsanliegen (nach Anzahl der Fälle):



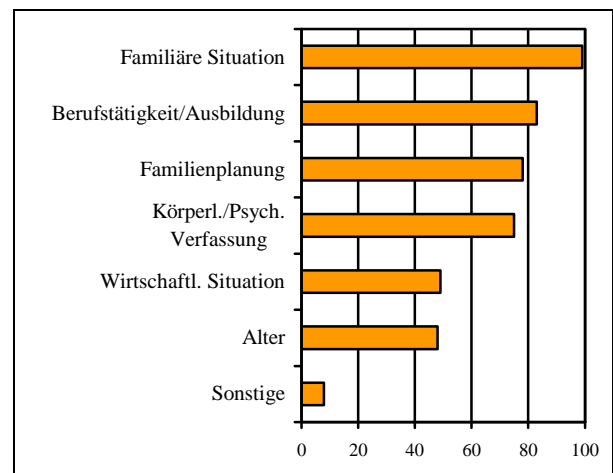
Beratungssetting:

	Frauen	Männer	Paare	Gesamt
Schwangerschaftskonflikt	128	-	48	176
Andere	166	28	48	242

Zusätzliche Gruppenveranstaltungen:

	Anzahl	Teilnehmer
Veranstaltungen für werdende Eltern	4	27
Veranstaltungen zu Trennung/Trennungsfolgen	2	12
Veranstaltungen zu Brustselbstuntersuchung	1	24

Häufigste Gründe für einen Schwangerschaftskonflikt (Mehrfachnennung):



Sexualpädagogische Arbeit

Wie in den vorherigen Jahren war unser Sexualpädagoge Floris Bottinga wieder sehr aktiv im Rheinisch - Bergischen Kreis. Er unterstützte die Großveranstaltung „Komm auf Tour“ der BZGA in der „Sturmfreien Bude“, worin die Jugendlichen sich mit Sexualität und Verhütung auseinandersetzten.

Ebenso gestaltete er in Kooperation mit anderen Trägern sexualpädagogische Projektstage an der Hauptschule Leichlingen und der Realschule Burscheid.

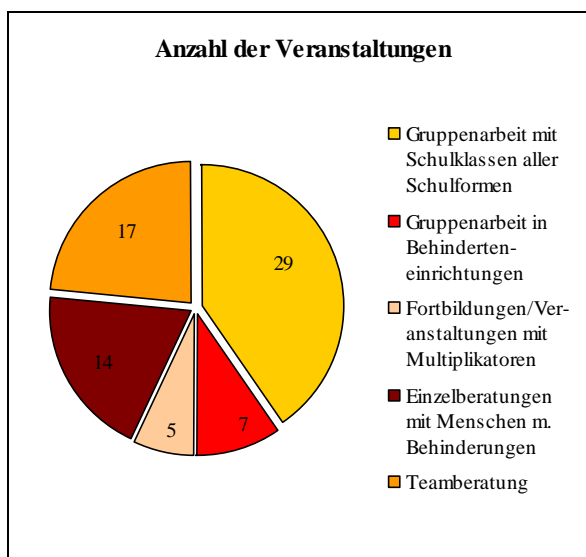
Auf Anfragen von Lehrern und Lehrerinnen sowie Sozialpädagoginnen von Haupt-, Gesamt-, Real-, Berufs- und vor allem Förderschulen im RBK führte er zahlreiche Veranstaltungen durch. Intensivere Kooperationen haben sich mit der Martin - Luther - King Förderschule in Rösrath gebildet.

Die sexualpädagogische Arbeit mit Menschen mit Behinderungen und deren Unterstützungssystemen hat sich im vergangenen Jahr sehr intensiviert. Herr Bottinga wurde immer öfter angefragt als Berater für Wohngruppen, Werkstätten und Schulen. Zunehmend führte er hier auch Fortbildungen, Teamberatungen und Elternabende durch.

Mit einem behinderten Paar mit starkem Kinderwunsch konnte er im Rahmen eines Babybedenkzeitprojektes mit einer computergesteuerten Babypuppe zu einer realistischeren Einschätzung ihrer Möglichkeiten verhelfen.

pro familia RBK ist durch diese Arbeit ein wichtiger Ansprechpartner für Menschen mit Behinderungen und deren Betreuungssysteme geworden.

Sexualpädagogische Veranstaltungen:



Vernetzung im Rheinisch-Bergischen Kreis

Teilnahme am:

- Arbeitskreis der Schwangerenberatungsstellen
- Arbeitskreis Sexualpädagogik

Kooperation:

- Veranstaltungen für werdende Eltern in Kooperation mit der VHS Bergisch Land
- Kontakte und Kooperation mit Ämtern, Familienhebamme, Kinderkrankenschwester des Kreises, ÄrztInnen, Hebammen, anderen Beratungsstellen und Institutionen
- Kooperation mit dem Kreis und donum vitae im Zusammenhang mit dem Verhütungsmittelfond
- Kooperation mit Familienzentren
- Kooperation mit dem LV Rheinland
- Kooperation mit dem AWO Bildungswerk

Qualitätssicherung

Regelmäßige Teilnahme aller MitarbeiterInnen an ihren **Facharbeitskreisen** des pro familia Landesverbandes zum fachspezifischen Austausch und zur Kompetenzerweiterung

8 Supervisionen mit einem externen Supervisor

Teilnahme an folgenden Fortbildungen:

- Ressourcenorientierte Paarberatung
- Erlebnisorientierte Methoden in der Schwangerschaftskonfliktberatung
- Pressearbeit
- Power Point Präsentation
- Vergeben in Paarbeziehungen
- Paartherapie mit allen Sinnen – erlebnisaktivierende Übungen und Methoden
- Rechtebasierte Arbeit
- Sexueller Missbrauch bei Menschen mit Behinderung
- Kinderwunsch
- Medizinische Internetrecherche
- Verhütung und Schwangerschaft bei HIV-Infektionen
- Schulung zum Datenschutz

Umfrage zum Thema „Armut“ in den pro familia Beratungsstellen in NRW

2010 war das Europäische Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Dies nahm der Landesvorstand von pro familia NRW zum Anlass für eine Fragebogenaktion. Denn auch bei der Arbeit vor Ort wird deutlich, dass immer mehr Familien von Armut betroffen sind. Schon aus der Statistik zur Schwangerschaftskonfliktberatung ergibt sich, dass finanzielle Probleme nach gesundheitlichen und familiären Problemen als wichtiger Grund für einen Schwangerschaftskonflikt genannt werden.

Durch die Umfrage wollte der Vorstand erfahren, welche Bedeutung „Armut“ in der Beratungsarbeit hat. Von allen angeschriebenen pro familia Beratungsstellen und des Paritätischen in NRW kamen über 90% ausgefüllte Fragebögen zurück. Auch wir im Rheinisch-Bergischen Kreis haben uns an der Befragung beteiligt.

Das Ergebnis verdeutlicht, wie stark die Armut der Ratsuchenden vor allem die Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung bestimmt. Auf die Frage, ob das Thema Armut in der Beratungsarbeit der letzten fünf Jahre an Bedeutung zugenommen hat, antworteten 19 % „Ja, sehr stark“ und 74 % „Ja, stark“. Besonders oft werden finanzielle Probleme in der Schwangerenberatung thematisiert. In 80 % der Antworten wurde „Ja, sehr häufig“ und in weiteren 16 % „Ja, häufig“ angekreuzt. In Schwangerschaftskonfliktberatungen antworteten „Ja, sehr häufig“ 35 % und „Ja, häufig“ 61 %.

Eine weitere Frage war, in welchen Bereichen sich die Ratsuchenden nach eigenen Angaben einschränken müssen. An der Spitze standen mit 90 % der Antworten „Verhütungsmittel“.

In welchen Bereichen müssen Ratsuchende verzichten bzw. sich einschränken?

- 28 X Verhütungsmittel
- 27 X Urlaub
- 25 X Freizeitaktivitäten
- 23 X Essen (z.B. Qualität)
- 22 X Wohnqualität
- 22 X kulturelle Aktivitäten/Vereine
- 21 X Gesundheit (Arztbesuche, Selbstmedikation)
- 20 X Bekleidung
- 14 X Kinderbetreuung
- 13 X soziale Kontakte

Das hat folgenden Hintergrund: Seit dem Inkrafttreten von Hartz IV werden den Betroffenen anders als zu Zeiten der Sozialhilfe keine Verhütungsmittel mehr finanziert. Frauen im ALG II-Bezug müssen das Geld für die Pille, die Spirale oder auch die Sterilisation von dem niedrigen Regelsatz abzweigen. In der Folge wählen sie aus Kostengründen unsicherere Verhütungsmittel und es kommt häufiger zu ungewollten oder ungeplanten Schwangerschaften.

Eine Reihe Kommunen haben mittlerweile auf freiwilliger Basis Fonds eingerichtet, um zumindest in Härtefällen Verhütung zu finanzieren, so auch seit Juli 2009 der Rheinisch-Bergische Kreis nach jahrelangem Einsatz unsererseits. Ergebnis der Umfrage ist, dass es in 44 % der Standortkommunen der beteiligten Beratungsstellen nach wie vor keine Erstattung von Verhütungskosten gibt. Angesichts dieser Situation verwundert es nicht, dass auf die Frage „Wo sehen sie dringenden Verbesserungsbedarf?“ „Eine gesetzliche Regelung zur Finanzierung der Verhütungskosten“ die mit Abstand am Häufigsten genannte Forderung war.

Bezogen auf die Frage, in welchen Bereichen sich die Ratsuchenden bezogen auf ihre Kinder einschränken müssen, führten „Gezielte Fördermaßnahmen“ mit 87 % der Antworten die Hitliste an.

Einschränkungen bezogen auf die Kinder:

- 26 X gezielte Fördermaßnahmen (z. B. Nachhilfe, Musikunterricht)
- 24 X Freizeitaktivitäten
- 20 X Bekleidung
- 19 X Schulmaterialien
- 16 X Taschengeld

Ein weiteres Ergebnis der Umfrage war, dass die Leistungen des SGB II als unzureichend bewertet wurden. Dies gilt sowohl für die Umsetzungspraxis, die häufig als „nicht bedarfsgerecht“ bemängelt wird, als auch für die Vorgaben des Gesetzgebers. Die vom Bund bestimmten Regelsätze sind einfach zu niedrig! Die Pauschalen für die Erstausrüstung werden dagegen von den Kommunen festgelegt. Sie variieren in NRW ganz erheblich und sind häufig nicht bedarfsdeckend. Die Bandbreite für die Erstausrüstung für das Baby liegt zwischen 250 - 600 €, für die schwangere Frau zwischen 50 - 250 € und für die Wohnung zwischen 500 - 1500 €.

Hier im Rheinisch-Bergischen Kreis liegen die Pauschalen für Erstausrüstung in Höhe von 425 € und für die Schwangere 150 € im mittleren Bereich.

Darüber hinaus belegt die Umfrage, dass es dringend erforderlich ist, Studium bzw. Aus- und Weiterbildung mit Kind zu erleichtern. Mehrfach wurden Beispiele aus der Schwangerschaftskonfliktberatung beigefügt, wonach jungen, schwangeren Studentinnen und Auszubildenden Leistungen sowohl von der Arge als auch vom Bafög-Amt verweigert wurden. Die Bewilligung des nicht ausbildungsbedingten Mehrbedarfs und der Erstausrüstung für die Schwangere und das Baby und ggf. die Wohnungserstausrüstung stößt häufig auf Probleme.

Auch die schwierige Situation von Migrantinnen (nicht nur mit unsicherem Aufenthaltsstatus) spiegelt sich in den Umfrageergebnissen wieder. So haben beispielsweise ausländische Studentinnen aus Nicht-EU-Staaten während der Schwangerschaft keinen Anspruch auf Unterstützung. Wenn sie während der Schwangerschaft oder nach der Geburt ihr Studium unterbrechen, gefährden sie ihren Aufenthaltsstatus. Die Antworten auf die letzte Frage „Wo sehen sie Verbesserungsbedarf?“ ergaben eine lange Liste von Forderungen.

Dringender Verbesserungsbedarf wird gesehen in Bezug auf

- **Verhütungskosten, Selbstbestimmte Elternschaft**
- **Bedarfsdeckende SGB II Leistungen**
- **Unterstützung für Schwangere + Alleinerziehende bei Studium / Ausbildung**
- **Kundenorientierte Arbeit der Arge/des Jobcenters (Information, Beratung, Bewilligung von Leistungen)**
- **Bezahlbaren, bedarfsgerechten Wohnraum**
- **bedarfsgerechte Kinderbetreuung, Kostenübernahme**
- **Arbeitsmarktpolitik (keine Zeitarbeit, weniger Befristungen, Teilzeit-Ausbildung)**
- **Gesundheitsleistungen, insbesondere für Schwangere**
- **kostenfreie Angebote für Kinder (Sport, Kultur, Nachhilfe)**
- **Rechtsansprüche statt Stiftungsmittel**
- **kostenlose Bildungsangebote für Bedürftige**
- **Unterstützung Alleinerziehender**
- **Elterngeld (keine Anrechnung von Sozialleistungen)**

Für die Forderung „Keine Streichung des Elterngeldes für BezieherInnen von Sozialleistungen“ haben wir uns im vergangenen Jahr intensiv durch schriftlichen und persönlichen Kontakt zu unseren Bundestagsabgeordneten eingesetzt.

Auf der Grundlage der Auswertung der Fragebogenaktion verabschiedete die Landesmitgliederversammlung von pro familia NRW eine umfangreiche EntschlieÙung mit konkreten politischen Forderungen. Sie kann über den Landesverband zur Verfügung gestellt werden: lv.nordrhein-westfalen@profamilia.de